

Die Schweiz und Europa im 20. Jahrhundert : wirtschaftliche Integration ohne politische Partizipation

Autor(en): **Tanner, Jakob**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte
= Société Suisse d'Histoire Economique et Sociale**

Band (Jahr): **8 (1990)**

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-871727>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Schweiz und Europa im 20. Jahrhundert: wirtschaftliche Integration ohne politische Partizipation

Die Vorstellung eines geeinigten Europa hat durch die Ankündigung der Europäischen Gemeinschaft (EG), bis zu Beginn des Jahres 1993 einen auf den vier «Wirtschaftsfreiheiten» gründenden integralen Binnenmarkt zu verwirklichen, eine neue Konkretisierung erfahren. Das 1985 lancierte Projekt, welches im «grössten Markt der Welt» wirtschaftspolitische Deregulierung mit technologischer Innovation in wachstumsträchtiger Weise zu kombinieren trachtet, verfolgt integrationspolitisch das Ziel, die seit mehr als einem Jahrzehnt andauernde «Eurosklerose» zu überwinden und die seit der strukturellen Wirtschaftskrise der beginnenden 1970er Jahre stagnierende Annäherung der wichtigsten westeuropäischen Staaten zu reaktivieren. Inzwischen haben die gesellschaftlich-politischen Veränderungen in Osteuropa diesem Integrationsprozess eine neue Dimension und Perspektive gegeben. Diese Länder verschwanden während mehr als drei Dekaden hinter dem «Eisernen Vorhang» – um diese Metapher zu verwenden, die auch eine westeuropäische Wahrnehmungsblockade zum Ausdruck bringt. Im Windschatten der sowjetischen Perestroika gewannen in allen diesen Ländern innerhalb der vergangenen Jahre Reformtendenzen und Basisbewegungen an Breite und Unterstützung – 1989 verdichteten sich diese Bestrebungen in einen Umbruch der ganzen Nachkriegsordnung, der es verdient, als «Revolution» apostrophiert zu werden. Innerhalb von wenigen Monaten zerfielen die morbiden spätstalinistischen Regimes – welche Konsequenzen die rasante Desintegration des «Ostblocks» für «Europa» haben wird, ist noch nicht absehbar.

Die Schweiz ist von diesen Entwicklungen in verschiedenster Hinsicht mitbetroffen.¹ Wirtschaftlich ist sie äusserst stark mit Westeuropa verflochten. Ihre Handelsaktivitäten konzentrierten sich – wie folgende Tabelle verdeutlicht – im ganzen 20. Jahrhundert stark auf den europäischen Raum:

1 Der Anmerkungsteil dieses Aufsatzes ist knapp gehalten. Nachgewiesen werden vor allem statistische Angaben, Quellenzitate und dann Veröffentlichungen, die in konzeptioneller Hinsicht wichtig sind.

Schweizerischer Aussenhandel mit Europa (in % des Totals)²

Jahr	1892	1911/3	1925/7	1937/8	1950	1964	1988
Importe	86,0	85,2	74,4	75,7	58,3	80,7	80,0
Exporte	79,9	75,2	68,8	72,2	62,3	67,3	67,9

Auch die unsichtbaren Transaktionen und der Kapitalverkehr sind traditionell stark auf europäische Länder und insbesondere auf die Mitgliedstaaten der EG ausgerichtet. Im offiziellen bundesrätlichen «Integrationsbericht» vom 24. August 1988 werden dazu für das Jahr 1987 folgende Zahlen genannt: 56% der Exporte, 72% der Importe, 45% der Direktinvestitionen, 49% der Bankguthaben, 86% der Guthaben aus dem Treuhandgeschäft, 70% des Auslandsversicherungsgeschäfts, 76% der ausländischen Arbeitskräfte, 67% der Logiernächte ausländischer Gäste in der Hotellerie (jeweils EG-Anteil am Total).³

Die Schweiz hat auch ihr aussenpolitisches Konzept stark auf der nun in Bewegung geratenen Spaltung des Europas aufgebaut. Im Spannungsfeld zwischen militärischen Blöcken erhielt die helvetische Neutralitätsmaxime, die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches arg ramponiert war, eine neue Legitimationsgrundlage. Die Schweiz liess sich, unter ständigem Rekurs auf die Erfordernisse der «bewaffneten Neutralität», nicht zum Beitritt in die wichtigen Institutionen transnationaler Kooperation und Organisationen suprastaatlicher Integration bewegen – dies im Gegensatz zur Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, als sie noch Mitglied der meisten der damals bestehenden internationalen Wirtschaftsorganisationen und auch des Völkerbundes war. 1938 kehrte sie, hierin von dem an einer Demontage kollektiver Sicherheit interessierten Deutschland unterstützt, von der differentiellen zur integralen Neutralität zurück und wich seitdem nicht mehr von diesem Axiom ab. Die daraus resultierende Politik des Abseitsstehens sieht sich angesichts der heutigen Veränderungen einem Plausibilitätsschwund ausgesetzt.

2 Statistische Jahrbücher der Schweiz. Vgl. speziell René M. W. Vogel, *Les conditions de la politique commerciale de la Suisse*, Montreux 1966, Stat. Anhang; ZSCH 1989, S. 72 ff. Gemessen am ganzen Aussenhandel Europas beträgt der Anteil der Schweiz bei den Exporten und bei den Importen zwischen 2,7% (niedrige Werte) und 3,8% (höchste Werte). Vgl. *Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Hg. W. Fischer/J. A. Houtte u. a., Bd. 6, Stuttgart 1987, S. 157 (Referenzphase: 1913 bis 1980).

3 Bundesblatt 1988/III, S. 250–382.

Mit diesen einleitenden Bemerkungen sind auch schon die beiden diesem Aufsatz zugrundeliegenden Begriffe «Integration» und «Partizipation» angesprochen.⁴ Unter «Integration» wird die ökonomische und kommunikative Verflechtung eines Landes mit seiner internationalen Umwelt verstanden, die auf der Basis von Wirtschaftswachstum und internationaler Arbeitsteilung weitgehend selbstgesteuert verläuft. Ein solcher ökonomisch-kommunikationsmäßige Integrationsprozess muss durch partizipative Problemlösungsmuster abgesichert werden um à la longue erfolgreich zu sein. «Partizipation» ist dabei nicht positiv konnotiert. Neben konsensualen, über demokratische Verfahrensweisen abgewickelte Varianten gibt es repressive. Partizipation wird in diesem Falle über autoritäre Anpassungszwänge erwirkt. Die nationalstaatlichen Souveränitätseinbussen werden nicht mit der Herausbildung von suprastaatlichen parlamentarischen Institutionen kompensiert; Resultat kann eine politische Satellitisierung von aussen sein. Auch Mischformen sind möglich – die historische Analyse politischer Systeme muss sich ja generell mit konsensualen Elementen in einer Diktatur und repressiven Tendenzen in einer Demokratie befassen. «Partizipation» heisst zunächst also nur Politisierung und Institutionalisierung der Integration: Prospektive Aufgabenstellungen und (nichtintendierte) Folgewirkungen können auf diese Weise einer – demokratischen oder autoritären – kollektiven Entscheidungsfindung zugänglich gemacht werden, wodurch eine minimale Kohärenz und Rationalität des Gesamtprozesses zustande kommen kann. Integration induziert in der Regel also Partizipation.

«Integration ohne Partizipation» stellt eine Ausnahme von dieser Regel dar. Damit soll eine Trittbrettfahrerposition bezeichnet werden, die von Ländern eingenommen werden kann, die aufgrund ökonomischer Stärke einen Beitrag zur Integration zu leisten imstande sind, deren Mitarbeit bei der Ausdifferenzierung von politischen Superstrukturen aufgrund ihrer Kleinheit jedoch nicht unverzichtbar ist. Mit einer starken Präsenz auf der Gewinnerseite koorespondiert dann eine Absenz dort, wo auch über Kosten diskutiert werden muss. Die Schweiz handelte nun weitgehend nach dieser Devise. Ihr Verhältnis gegenüber der internationalen Umwelt im allgemeinen und gegenüber Europa im besonderen weist deshalb eine fundamentale und doppelte Ambivalenz auf.

4 Vgl. Urs Altermatt, Neutralität und schweizerische Aussenpolitik, in: Was heisst neutral sein im Zeitalter europäischer und weltweiter Interdependenz? Hg. Europa-Union Schweiz, Bern 1984.

– Die schweizerische Wirtschaft nutzt Integrationschancen optimal, schlägt hingegen Partizipationsangebote in den Wind. Sie setzt real – und finanzwirtschaftlich bedenkenlos auf transnationale Verflechtung, begegnet aussenpolitisch hingegen suprastaatlichen Partizipationsangeboten, die über technische Koordination und humanitäre Missionen hinausgehen, mit Ablehnung.

– Die «Confoederatio Helvetica» sieht sich aufgrund ihrer inneren Verfassung, ihrer bundesstaatlich-föderalistischen Struktur, als europäischer Mikrokosmos mit Leitbildfunktion. Diese glaubt sie jedoch nur dann auch in Zukunft wahrnehmen zu können, wenn sie «sich selber», das heisst draussen bleibt.

Diese Haltung hat historische Parallelen. «Beitrittsfähig werden, um nicht beitreten zu müssen»: dieses Motto, unter dem die Haltung der Schweiz gegenüber dem (west-)europäischen Integrationsprozess im erwähnten regierungsamtlichen Dokument subsummiert wurde, fungierte auch in den frühen 1940er Jahren als Richtschnur zur Regelung aussenwirtschaftlicher und aussenpolitischer Beziehungen. Diese historischen Bezüge sollen in diesem Aufsatz näher analysiert werden. In Kapitel 1 wird der Modus operandi schweizerischer Aussenwirtschafts- und Aussenpolitik knapp dargestellt. Es folgt in Kapitel 2 ein geraffter Rückblick auf Motive und Projekte einer Kooperation und Integration auf europäischer Ebene. Kapitel 3 behandelt die Haltung der Schweiz gegenüber dem Neuen Europa des Nazi-Regimes. In Kapitel 4 wird dann – vergleichend – die aus den Ruinen des Zweiten Weltkrieges herausgewachsene, in der Wirtschaftswunderära rechtlich-institutionelle Formen annehmende Europäische Gemeinschaft aus helvetischer Sicht analysiert.

1. Nationalstaat und Aussenwirtschaft in der Schweiz.

Der scheinbare Widerspruch zwischen einem föderalistisch-dezentralen System im Inneren und einer ausgeprägten Internationalisierung der Industrie, der Banken, der Verkehrs- und Kommunikationssysteme kann als Ausdifferenzierung einer komplementären Struktur durch eine Wachstumsgesellschaft dechiffriert werden. Unter «Wachstumsgesellschaft» wird hier ein System verstanden, das strukturelle Störungen wachstumsträchtig behebt und damit seine eigenen Bestandesvoraussetzungen gerade mittels Überwindung solcher Schwierigkeiten zu reproduzieren imstande ist, ein Prozess konfliktiver Selbststabilisierung,

den die Schweiz in historischer Perspektive mit einigem Erfolg praktiziert hat.⁵ Schon seit dem Einsetzen einer protoindustriellen Wachstumsdynamik im 18. Jahrhundert war das Staatsgebiet der Eidgenossenschaft charakterisiert durch das Nebeneinander einer hochgradigen internationalen Integration und einer im Vergleich dazu schwachen interregionalen und -kantonalen Kooperation. Die Exportsektoren, die auch zu Agenturen des Kapitalexportes avancierten, wurden von ökonomischen Eliten kontrolliert, welche erfolgreich europa- und weltweit den Absatz von Waren und die Beschaffung von Rohstoffen und Marktinformation organisierten und dafür effiziente logistische Apparate aufbauten. Die helvetischen Stände-Eliten überwandern mit der Gründung des Bundesstaates von 1848 partiell die föderalistische Fragmentierung und koordinierten die Leistungen der logistischen Apparate auf nationaler Ebene. Diese wurden in der Folge auch vermehrt für andere Zwecke (diplomatische Beziehungen, internationale Konferenzen ...) genutzt. Tragende Struktur eidgenössischer Politik war ein liberaler Korporatismus, der sich gut mit einem geringen Zentralisierungsgrad vertrug und mit der ausgeprägten föderalistischen Komponente kaum in Konflikt geriet. Die Bundesebene wurde so durch eine signifikante internationale Orientierung dominiert, die in der Innenpolitik und in der «öffentlichen Meinung» keine Entsprechung fand. Die politischen Organisationen (Verbände und Parteien) und Aktivitäten entfalteten sich vielmehr primär auf kantonaler Ebene und waren durch eine starke Fragmentierung gekennzeichnet. Gleichzeitig bezogen Volksbewegungen ihre Protestenergien aus lokalen Solidaritäten.

Die Transnationalisierung der Märkte, die sich vor allem mit dem Mitte der 1880er Jahre einsetzenden Industrialisierungsschub verstärkte, verwandelte die Schweiz vollends in eine «Small Open Economy». Die Wachstumschancen der Volkswirtschaft insgesamt wurde abhängig von der anhaltenden kompetitiven Modernisierung der exportorientierten Schlüsselsektoren, die nun nicht mehr bloss dynamische, jedoch isolierte industrielle Wachstumspole darstellten, sondern – vermittelt über Koppelungsmechanismen, über Akzeleratoreffekte und

5 Die folgenden Ausführungen basieren massgeblich auf: Hansjörg Siegenthaler, Die Bedeutung des Aussenhandels für die Ausbildung einer schweizerischen Wachstumsgesellschaft im 18. und 19. Jahrhundert, in: Gesellschaft und Gesellschaften, Hg. N. Bernhard/ Q. Reichen, Bern 1982, S. 325 ff.; Zur Herausbildung einer «Small Open Economy» vgl.: Michael Bernegger, Die schweizerische Wirtschaft 1850–1913, Wachstum, Strukturwandel und Konjunkturzyklen, Zürich (Ms.), 1983.

Multiplikatorwirkungen – den gesamtwirtschaftlichen Konjunkturzyklus zu determinieren begannen.

Folgende Tabelle gibt für einzelne Stichjahre zwischen 1840 und 1988 den prozentualen Anteil der Importe und der Exporte am schweizerischen Sozialprodukt wieder:

Aussenhandelsquote der Schweiz (in% des Sozialprodukts)⁶

Jahr	1840	1887	1913	1925/71	1937/8	1950	1963	1988
Import	18,5	44,6	46,1	28,3	19,2	24,9	33,0	29,3
Export	16,0	35,8	33,0	21,9	14,8	21,1	25,0	26,4

In der selben Periode entstand als ideologisches Komplementärstück eine in einem nationalgeschichtlichen Gründungsmythos verankerte vaterländische Tradition, die von einem neu sich formierenden «Bürger-und-Bauern-Block» als Gegenprogramm zum sozialistischen Internationalismus der Arbeiterbewegung gepflegt wurde. Die von der Schweiz mitinitiierten Modelle einer kollektiven Sicherheitspolitik, die ein international abgestütztes schiedlich-friedliches Konfliktregelungsmuster anstrebten, wurden nun zu «Idealen» jenseits staatlicher Realpolitik gemacht. Assoziative Strategien wurden zunehmend durch dissoziative Reflexe überlagert; diese fanden in der nach preussischen Standards reorganisierte Armee und in der Doktrin der «bewaffneten Neutralität» ihren konsequenten Ausdruck.

Aufgrund intensiver wirtschaftlicher Verflechtungen gegen aussen und gefördert durch ein politisch-gesetzliches Regelungsdefizit im Inneren stieg die Schweiz damals auch zu einem bevorzugten Standort für ausländische Holdings und zu einer wichtigen Kapitaldrehzscheibe auf. Nach einer Periode, in welcher ausländische Kapitalgeber ein gewichtiges Wort mitzureden hatten bei der Ausgestaltung der schweizerischen Verkehrs- und Industriepolitik, kehrten sich die Vorzeichen der Einflussausübung um. Helvetische Industriefirmen betrieben, unterstützt durch Banken und eigens zu diesem Zweck gegründeten Finanzgesellschaften, Kapitalexport; die Direktinvestitionen übertrafen bereits in den 1920er Jahren den Wert der auf helvetischem Territorium domizilierten Exportkapazitäten. Die komfortable aussenwirtschaftliche Vermögensposition, welche zahlungsbilanztechnisch die Finanzierung des Handelsbilanzdefizits gewährlei-

⁶ René M. W. Vogel, do.

stete, wurde durch die Vergabe von Lizenzen resp. der Verkauf von Patentrechten noch verstärkt. Der Auf- und Ausbau eines (un-)heimlichen Imperiums, kam rasch voran.

2. *Europa: Vom Friedensgaranten zur Wirtschaftsmacht*

«Europa» war schon immer eine schillernde Kategorie mit vielen kulturellen, politischen und ökonomischen Bedeutungsfacetten.⁷ Die heute vorhandene parallele Dynamisierung der Strukturen in Ost und West hat ein neues Bewusstsein für die geographische Breiten- und die historische Tiefendimension des Kontinents und auch für dessen künftigen Möglichkeiten geschaffen: für Europa als Wirtschaftsgebiet, für Europa als Kulturraum, für Europa als virtuelle politische Einheit. Europa war und ist zugleich ein relationaler Begriff, zurückgebunden an eine sich zunehmend konkretisierende Vorstellung der Weltgesellschaft. Es geht um die Abgrenzung gegenüber anderen Kontinenten, um die Abhebung von «fremden» Kulturen und um die Festigung eines eurozentristischen Superioritätsbewusstseins.

Die europäischen Einigungsprojekte machten im 20. Jahrhundert einen einschneidenden Funktionswandel durch. Bis zum Ersten Weltkrieg müssen europäische Einigungsvorschläge im Kontext einer globalen ökonomischen Dominanz und einer kulturellen Hegemonie Europas interpretiert werden. Dieser Einheit stand jedoch eine machtpolitische Fragmentierung gegenüber, die durch Bündnissysteme noch verstärkt wurde. Die kolonialistische Expansion setzte ein militärisches Spannungspotential, verbunden mit dauernden Rivalitäten zwischen europäischen Grossmächten frei. Europa-Projekte wurden damals in konfliktverhindernder, friedenspolitischer Absicht vertreten, sie wollten den Kontinent nach innen pazifizieren. Diese Tendenz lässt sich weit in die Geschichte zurück verfolgen. Seit dem späten Mittelalter waren entsprechende Postulate, die mit Pierre Dubois Idee eines «Friedenskonzils» um 1300 einsetzen, vom Bestreben geleitet, die verlorengegangene Einheit der abendländischen Christenheit zurückzugewinnen – säkularisierte Integrationskonzepte sollten die abnehmende politische Kohäsionskraft der Religion kompensieren.⁸

7 Krzysztof Pomian, *Europa und seine Nationen*, Berlin 1989; Charles Tilly, *Coercion, Capital and European States ad 990–1990*, Cambridge 1990; Reinhard Opitz (Hg.), *Europastrategien des deutschen Kapitals*, Köln 1977.

8 Vgl. Hans Conrad Peyer, *Europa und die Schweiz in historischer Sicht*, Neue Zürcher Zeitung 21./22. Januar 1989.

Im 19. Jahrhundert verstand sich der gegen die Kräfte und Mächte des Ancien Regime gerichtete Befreiungsnationalismus Mazzinischer Prägung durchaus europäisch – wie die Gründung der «Giovane Europa» von 1834 zeigte. Ab Jahrhundertmitte entstand schliesslich ein Weltmarkt, auf welchem sich die Durchsetzung des Freihandels und die Sicherung des Weltfriedens optimal zu ergänzen schienen.

Nun aber setzte auf dem Hintergrund einer veränderten globalen Machtkonstellation eine Bedeutungsverschiebung der «Europa-Idee» ein. Schon seit den 1890er Jahren konnte sich die «Alte Welt» nicht mehr über den industriellen und machtpolitischen Aufstieg der USA hinwegtäuschen. Die Leitsektoren der «zweiten industriellen Revolution» der 1890er Jahre (Elektrowirtschaft, Fahrzeugbau, Grosschemie) machten Europa importseitig von den USA abhängig. 1913 waren alle europäischen Industrienationen punkto Produktivitätsniveau substantiell hinter die transatlantische Konkurrenz zurückgefallen. Der Erste Weltkrieg zerstörte nicht nur die wissenschaftlich-technische Fortschritts-euphorie und den freihändlerischen Friedensoptimismus, sondern auch die wirtschaftliche Einheit Europas unter der «Pax Britannica». Nach 1918 wurde der Zwang zur «nachholenden Modernisierung» ein grosses Thema. Die wirtschaftliche Suprematie der USA hatte allerdings noch nicht einen entsprechenden globalpolitischen Positionsbezug zur Folge. Resultat der US-amerikanischen Kombination von ökonomischer Stärke und aussenpolitischem Isolationismus war eine globale Hegemonialkrise, die in Europa neue Impulse für eine Integration auf kontinentaler Stufenleiter auslöste.

Es gab zwar in der Zwischenkriegszeit einen Nachhall der alten europäischen Friedensideen. Doch dieser historische Echoeffekt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Friedensdiskurs inzwischen globalisiert hatte. In Europa hingegen baute sich – hinter der fortdauernden Problematik der Sicherung eines «Gleichgewichts der Mächte» – das Bewusstsein auf, dass angesichts der amerikanischen Herausforderung eine wirtschaftliche Integration das Rückgrat des künftigen Europa sein müsse. Nun ging es um die Schaffung von Voraussetzungen, die Europa befähigen könnten, in ökonomischer Hinsicht auf globaler Stufenleiter wieder eine massgebliche Rolle zu spielen. Die strukturelle Schwäche des industriellen Pionierkontinents sollte durch Strategien einer Makrorationalisierung des kontinentalen Wirtschaftspotentials und durch eine Erhöhung der Innovationsrate im Mikrobereich der Unternehmungen gelöst werden. So eindeutig dieses Ziel auszumachen ist, so kontrovers blieben allerdings die historischen Realisierungsvarianten. Die nun folgenden Europa-Projekte bewegten sich im Spannungsfeld von repressiven und kooperativen

Lösungsansätzen und oszillierten zusätzlich zwischen einer sogenannten «positiven Integration» (Abtretung von politischen Souveränitätsrechten an eine europäische Staatsgewalt) und einer «negativen Integration» (Deregulierung, Durchsetzung von Wirtschaftsfreiheiten im Bereich des Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie des Arbeitsmarktes) hin und her.

3. Schweizerische Partizipation am Neuen Europa des Dritten Reiches?

Die Pläne des Dritten Reiches für ein «Neues Europa» knüpften an die imperialen Konzepte der Eroberung eines wirtschaftlichen Grossraumes an, die in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg zur Diskussion standen. Die Depression der 1930er Jahre bestand im wesentlichen aus einer krisenhaften Desintegration des Weltmarktes, welche die Funktionsdefizite und die Fehlsteuerungen des damaligen Weltwirtschaftssystems schonungslos offenlegte. Der Protektionismus, den sich viele Länder angesichts dieser Systemkrise zur wirtschaftspolitischen Richtschnur machten, wurde vom Nationalsozialismus ideologisch überhöht zur «nationalen Autarkiewirtschaft» die mit einer forcierten militärischen Aufrüstung im Hinblick auf eine künftige «Lebensraumgewinnung im Osten» Hand in Hand ging. Mit ihrer aggressiven Blitzkriegsführung versuchte die deutsche Staatsführung ab September 1939 die Grundlagen für eine Neuordnung des Kontinents zu legen. Faktisch handelte es sich um eine mit militärischen Gewaltmitteln ausgeübte wirtschaftliche Ausplünderungs- und Erpressungspolitik. Durch eine solche «Integrationsstrategie» wurden die Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur, wie sie sich in der Zwischenkriegszeit aufbauten, auf die Spitze getrieben. Das im Machtbereich der Achsenmächte sich befindliche Europa verkam zu einer «Belagerungswirtschaft».⁹

Der nationalsozialistischen Ideologie schwebte allerdings nicht eine solche durch die angloamerikanische Seeblockade im Westen und den Krieg mit der Sowjetunion im Osten erzwungene «Festung Europa» vor. Wegleitend war die Perspektive eines «Kontinentalblocks», einer «Grossraumwirtschaft» unter der Dominanz und der Kontrolle des Dritten Reiches, eine Konzeption, die sich nicht als kriegswirtschaftliches Sofortprogramm, sondern als Plan für den langfristigen wirtschaftlichen «Wiederaufbau» des Kontinents auf rassistischer,

9 John Pinder, Europa in der Weltwirtschaft 1920–1970, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte, Hg. C. M. Cipolla/K. Borchardt, Bd. 5, Stuttgart 1986, S. 389.; Vgl. auch: Alan S. Milward, Der Zweite Weltkrieg, München 1977.

antibolschewistischer Grundlage verstand. Die nationalsozialistische Führung glaubte, mit der scheinbar überwältigenden Serie von Siegen der Jahre 1939 und 1940 das definitive Ende einer anderthalb Jahrhunderte langen Periode, die im Zeichen der Französischen Revolution mit ihren Menschen- und Bürgerrechten stand, eingeläutet und eine neue geschichtliche Ära eröffnet zu haben. Deutschland setzte auf eine Mischung von überlegener Machtstellung und unwiderstehlicher Anziehungskraft. Erwartet wurde ein Spill-over von der kriegsbedingten Verstärkung wirtschaftlicher Austauschbeziehungen auf die Politik: neue Geschäftsmöglichkeiten würden schliesslich auch einer politischen Annäherung an das Dritte Reich Vorschub leisten.

Im Sommer 1940 lancierte Reichswirtschaftsminister Walther Funk die «Neue Ordnung», ein konfus-amorphes Konglomerat wirtschaftspolitischer Zukunftsprojektionen: «Die kommende Friedenswirtschaft muss dem Grossdeutschen Reich ein Maximum an wirtschaftlicher Sicherheit garantieren und dem deutschen Volk ein Maximum an Güterverbrauch zur Erhöhung der Volkswohlfahrt». Funk weist selber auf «zahlreiche Unsicherheiten» hin, «denn, – das wollen wir nie vergessen – wir befinden uns ja noch im Kriege!»¹⁰ Im ersten Jahrbuch der «Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Grossraumwirtschaft», welches anfangs 1941 erschien,¹¹ wurde als deren «Zweck und Aufgabe» angegeben, «die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Völker und Staaten im europäischen Grossraum durch Erforschung ihrer verschiedenen Lebensgrundlagen, ihrer verschiedenen volkswirtschaftlichen Strukturen und der sich heraus ergebenden gegenseitigen Ergänzungsmöglichkeiten planmässig zu fördern, um Europa, den ewigen zentralen Lebensraum der Völker der weissen Rasse, als natürliche lebens- und raumgesetzliche Einheit entstehen zu lassen» (S. 9). Der Kieler Professor Andreas Predöhl postulierte in dieser Publikation das Ende der «Schein-solidarität der arbeitsteilig verflochtenen Einzelwirtschaften» und den Anbeginn der «echten Solidarität der tauschenden Volkswirtschaften» (S. 95).

Nach der Wende von Stalingrad 1942/43 verstärkte Deutschland angesichts der sich abzeichnenden militärischen Niederlage und der wirtschaftlich desaströsen Folgen des «totalen Krieges» die ideologische Europa-Mobilisierung. Der Gedanke eines abendländischen Schutzwalls gegen den Bolschewismus rückte in den Vordergrund. In einer Publikation «Europäische Wirtschaftsgemein-

10 Walther Funk, *Wirtschaftliche Neuordnung Europas*, 1940, S. 22.

11 *Nationale Wirtschaftsordnung und Grossraumwirtschaft*, Jahrbuch 1941, Dresden 1941.

schaft», die 1943 in Berlin erschien, schrieb z. B. Horst Jecht, es gelte neben dem «wirtschaftlichen Europa» auch die «neue politische Solidarität der europäischen Mächte im Kampf gegen den Bolschewismus» zu festigen.¹² 1944 hält eine in Bern gedruckte deutsche Propagandabroschüre fest: «Aus dem Bewusstsein heraus, dass der höherstehende mittel- und westeuropäische Mensch sich mit dem asiatischen Bolschewismus auf die Dauer nicht abfinden könnte, dass er sich gegen den in seiner kulturellen und sozialen Entwicklung tieferstehenden Steppenmenschen Asiens naturnotwendig durchsetzen müsste, sind die moskowitschen Machthaber zur Ausschliessung dieser Möglichkeit mit ungeheurer und eiskalter Konsequenz daran gegangen, die überlegenen Völker in ihrer Substanz zu vernichten.»¹³ Auch das «soziale Europa» – ein festes Versatzstück im nationalsozialistischen Integrationsdiskurs – wurde nun stärker betont: angestrebt werden soll ein «Europa als Einheit in der Vielfalt auch im sozialen Gefüge», denn: «Es wäre (...) falsch zu glauben, dass das Grossdeutsche Reich, weil es die Einigung Europas erstrebt, alle Völker in eine solche Schablone hineinzwingen wollte. Einigung ist nicht Unterwerfung noch Gleichmacherei». Vielmehr kann «eine schöne Zukunft des inneren und äusseren Friedens und der sozialen Gerechtigkeit einzig und allein durch die europäischen Kräfte selbst garantiert werden.»¹⁴

Diese faschistischen Europaprojektionen nehmen häufig auch die Schweiz oder dann – etwas allgemeiner – die «kleinen Länder» ins Visier. Unter dem Titel «Die Interessen der kleinen Länder» stellte Andreas Predöhl (im bereits zitierten Text aus dem Jahre 1941) fest: «Wenn der Grossraum seinen Gliedern nicht mehr zu bieten hätte als einen notdürftigen Unterschlupf, wäre er ein schlechter Ersatz für die ehemalige liberale Weltwirtschaft. Was er bietet, ist weit mehr. Zunächst einmal bedeutet die Anlehnung an eine vollbeschäftigte, im stetigen Wachstum begriffene grosse Volkswirtschaft für die kleinen Volkswirtschaften einen Stabilisierungs- und Sicherungsfaktor ersten Ranges, der um so wirksamer ist, je enger die Verbindung in Ein- und Ausfuhr gestaltet wird.» Über dieses Angebot, bei der «Verfestigung» der «politischen Kräfte» behilflich zu sein, wurden auch für diese kleinen Länder Produktivitätssteigerungen in Aussicht gestellt (S. 94). In einer 1942 publizierten Studie zum «Wirtschaftsraum Europa» schrieb Alfred Oesterheld, die «stärksten Auftriebskräfte des schweizerischen Wirtschaftslebens (seien) stets von Deutschland» ausgegangen.

12 Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Hg. Verein Berliner Kaufleute und Industrieller/Wirtschaftshochschule Berlin, Berlin 1943, S. 63.

13 Neues Europa – Soziales Europa, Bern 1944, S. 5.

14 Do., S. 10, 11.

«Die Eingliederung in die kontinentale Raumwirtschaft wird gerade auch für die Schweiz nicht problemlos sein. Als die Insel von 1940, die zwischen den von den beiden Achsenpartnern bewohnten oder beherrschten Räumen liegt, wird aber die Schweiz auf besonders enge Verflechtungen mit der grossdeutschen und italienischen Wirtschaft Wert legen müssen.»¹⁵ In einer dem Problem der «Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsdurchleuchtung im kontinentaleuropäischen Raum» gewidmeten Untersuchung aus dem Jahre 1943 wird konstatiert: «Trotz gewisser zweifellos vorhandener und durch die angelsächsische Propaganda verstärkter Fliehkräfte geistiger und materieller Art gegenüber dem Gedanken einer tatkräftigen Zusammenarbeit aller kontinentaleuropäischen Völker unter deutscher Führung ist die Stellung der Schweiz in diesem Rahmen dennoch eindeutig bestimmt. Schon immer war der kontinentaleuropäische Raum der entscheidende Ergänzungsfaktor für die Schweiz.» Der Autor attestiert der helvetischen Wirtschaftspolitik – insbesondere dem Ziel, eine «gesunde Landwirtschaft als solides und tragfähiges Fundament der Volkswirtschaft» zu erhalten – «langfristig wertvolle gleichgerichtete Interessen» zum «Neuen Europa» um dann – was Absatzmärkte und Rohstofflieferungen anbelangt – auch im «industriellen Bereich (...) dasselbe Bild vortrefflicher Ergänzungsmöglichkeiten» zu zeichnen.¹⁶ «Europäische Entwicklungsparallelen» treten aus deutscher Sicht zudem im «sozialen Sektor immer eindrucksvoller zutage»: In der Schweiz wurde der «Klassenkampfgedanke» gleichermassen wie in Deutschland «zur Kapitulation gezwungen» und ersetzt «durch den Gedanken der Volksgemeinschaft und der nationalen Solidarität».¹⁷ Wie weit entsprach dieses Fremdbild dem schweizerischen Autostereotyp? Auf den ersten Blick herrschte in der Schweiz gegenüber dem nationalsozialistischen Projekt eines Neuen Europa ein irritierendes Nebeneinander von Öffnung und Abschottung. «Uns anpassen an das neue Europa? Jawohl, aber nach Schweizerart»: dieses General Guisan zugeschriebene Wort fasst die ambivalente helvetische Haltung zusammen – ohne dass sie etwas erklären würde.¹⁸ Die Dichotomie «Widerstand» versus «Anpassung», welche für lange Zeit den Interpretationsrahmen der Geschichte der Schweiz in den Jahren 1939–1945

15 Alfred Oesterheld, *Wirtschaftsraum Europa*, Oldenburg/Berlin 1943 (2), S. 252 f.

16 Hans J. Schneider, *Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsdurchleuchtung im Kontinentaleuropäischen Raum*, Berlin 1943, S. 115.

17 *Neues Europa – Soziales Europa*, Bern 1944, S. 21.

18 Hier zitiert nach: *National-Zeitung* Nr. 203, 5. Mai 1941, «Schweizergedanken zum neuen Europa».

absteckte, verstellt die Aussicht auf Problemstellungen, die einer differenzierteren, distanzierteren Darstellung und Bewertung zugrundeliegen könnten. Je nach Position und Perspektive hatten Unabhängigkeitsdiskurs und Souveränitätspostulat, welche *post festum* mit einer Widerstandhaltung identifiziert wurden, nämlich einen völlig anderen Stellenwert.

Die neuere Forschung hat eine Komplementarität von Igelsyndrom und Reduitmentalität auf der einen, Wirtschaftskooperation und Kommunikationsverflechtung mit den Achsenmächten auf der anderen Seite nachgewiesen und darin eine spezifisch kriegsbedingte Ausprägung der auch damals dominierenden Politik einer «Integration ohne Partizipation» erblickt. Es wurde gezeigt, wie die Schweiz im ausgehenden 19. Jahrhundert eine vaterländisch-nationale Selbstdefinition entwickelte, die sich vom emanzipativen Nationalismus und der Weltoffenheit der 1848er-Generation abhob. Die nationalistische Abgrenzung gegen aussen kulminierte in der Abwehr alles «Fremden», die von der «Geistigen Landesverteidigung» propagiert wurde. Daneben belegt eine ganze Reihe von neuen Studien, dass sich die helvetische Volkswirtschaft ausgeprägt in die Kriegswirtschaft und Rüstungsindustrie der Achsenmächte integrierte.¹⁹ Der Beitrag der Schweiz zum «Neuen Europa» war in dieser Hinsicht von einiger Wichtigkeit. Doch diese wirtschaftliche Kooperation wurde – in Übereinstimmung mit der Gesamtentwicklung im «Neue Europa» – nicht von den hochfliegenden Entwürfen der faschistischen Elite, sondern durch die pragmatischen Anforderungen der deutschen Rüstungsindustrie und Kriegswirtschaft bestimmt. Die Schweiz stellte ihre Rüstungsproduktion und alle weiteren wehrwirtschaftlich relevanten Exportbranchen so weit als möglich in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft. Mittels der sogenannten «Clearingmilliarde» (einem Kredit im Rahmen des Verrechnungsabkommens von mehr als einer Milliarde Schweizerfranken) finanzierte sie die Ausfuhr von qualitativ hochstehenden Produkten zum Teil gleich selber vor. Der helvetische Finanzplatz fungierte zudem als Golddrehscheibe im Dienste der Reichsbank und letztlich der deutschen Kriegsführung. Obwohl seit Oktober 1941 keine Waffen mehr den Gotthard und den Simplon passieren durften, waren die Alpentransversalen von steigender strategischer Bedeutung für die Logistik der deutschen Wehrmacht.

19 Vgl. unter anderem: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Hg. Comité pour une Nouvelle Histoire de la Suisse, Bd. III, Basel 1983, Kapitel 8: Hans Ulrich Jost, Bedrohung und Enge; Jakob Tanner, Bundeshaushalt, Währung und Kriegswirtschaft, Zürich 1986, Werner Rings, Raubgold aus Deutschland, Zürich/München 1985.

Aufgrund dieser intensiven Wirtschaftskooperation stellte sich für die Schweiz die «grosse Frage», ob sie «einem durch die Achse eingeleiteten Wiederaufbau des kontinentalen Europas zustimmen» könne. Die eben zitierte Schrift des Ostschweizer Industriellen Isidor Grauer-Frey hat den programmatischen Titel «Die föderalistische Schweiz als Glied und Vorbild des neuen kontinentalen Europas»; ihr Autor sieht letzteres auf einer «versöhnlichen Zusammenarbeit der drei grossen Soldaten und Patrioten Hitler, Mussolini und Pétain» gegründet und geht davon aus, nicht nur Polen und Frankreich, sondern auch die «in den Krieg hineingezogenen neutralen Staaten Dänemark, Norwegen, Luxemburg, Holland und Belgien» würden in einem solchen Europa ihre «Souveränität und Unabhängigkeit» wiedererlangen können.²⁰

Diese Vorstellung eines freiwilligen Arrangements mit der neuen kontinentalen Hegemonialmacht prägte auch den Diskurs der offiziellen Schweiz. In seiner Radioansprache vom 25. Juni 1940 erklärte Bundespräsident Pilet-Golaz, die Ereignisse marschierten schnell, man müsse sich ihrem Rhythmus anpassen. Pilet versprach, bei gleichzeitiger Ankündigung einer partiellen und graduellen Demobilmachung, Arbeit zu beschaffen, «coûte que coûte». Dieser Gedanke, der ein Plädoyer für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit den Achsenmächten darstellte, wurde insbesondere von Industriellen, aber auch durch einzelne Exponenten der Arbeiterbewegung, begrüsst.

Für massgebliche Beobachter war damals das Ende des Krieges in Sicht. Professor Eugen Böhler, einer der wirtschaftspolitischen Opinionleader, nahm anlässlich einer Rede zum 1. August 1940 den geschichtsträchtigen Topos der «Weltrevolution» auf und konzentrierte seine Ausführungen auf die kommende «Übergangszeit», in welcher die Schweiz eine «Umstellung auf die Friedenswirtschaft und die neuen weltwirtschaftlichen Verhältnisse» vorzunehmen habe. «Längerfristig gesehen dürften im allgemeinen die Arbeitsmöglichkeiten grösser sein als vor dem Kriege, ja es dürfte sogar ein Mangel an Arbeitskräften entstehen, wenn die Grosspläne der Achsenmächte zur Verwirklichung gelangen.»²¹ Böhler wies unentwegt darauf hin, die Schweiz sei auf internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung angewiesen: «Darum muss unsere ganze Wirtschaftspolitik auf die Erhaltung einer spezialisierten Exportindustrie

20 Isidor Grauer-Frey, Die föderalistische Schweiz als Glied und Vorbild des neuen kontinentalen Europa, 1940, S. 7–9.

21 Eugen Böhler, Richtlinien für ein schweizerisches Wiederaufbauprogramm, in: E. Bircher/E. Böhler, Die Schweiz vor neuen Aufgaben, Zürich 1940, S. 25, 31, 44.

gerichtet sein.»²² Diese Politik der ökonomischen Kooperation mit dem «Neuen Europa» wurde, in Übereinstimmung mit der dominierenden Grundhaltung, pragmatisch gefasst. Böhler stellte z. B. 1942 fest: «Daher kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die Nüchternheit und Ideologiefreudigkeit des durchschnittlichen Schweizers die grösste Gewähr seiner Unabhängigkeit bilden.»²³ Die wirtschaftliche Kollaboration impliziert tatsächlich keine ideologische Präferenz für Nazi-Deutschland. Vielmehr erfreuten sich alle Systeme, die ökonomische Prosperität gewährleisten können, bei den Promotoren der Integration einer positiven Wertschätzung. Allerdings gab es durchaus ein Bewusstsein für den deutscherseits erwarteten politisch-ideologischen Spillover einer Wirtschaftszusammenarbeit. Edgar Bonjour weist darauf hin, dass der Antagonismus zwischen Integration und Partizipation ab Sommer 1940 an Bedeutung verlor. Er resümiert wie folgt: «Die enge wirtschaftliche Verflechtung (...) barg böse politische Gefahren. (...) Wirtschaftliche Versuchungen konnten unter Umständen für die Schweiz eine grössere Gefahr bedeuten als politische Drohungen.»²⁴

Hier ist nun auf jene Strömung einzugehen, für welche der langgehegte «Wunsch nach Annäherung an Deutschland»²⁵ im Sommer 1940 eine neue Qualität bekam. Diese Kreise gingen davon aus, dass nun ein neues Zeitalter begonnen habe, in welchem die alten Rezepte wenig mehr taugten. Aufgrund der Annahme, ein deutscher Endsieg sei so gut wie sicher und das Neue Europa daher bereits im Entstehen begriffen, wurde einer aktiven Partizipation der Schweiz das Wort geredet. Diese Tendenzen bündelten sich vor allem in der sogenannten «Eingabe der 200», die einer neuen Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Regime das Wort redete. Exponenten dieser Gruppierung, deren apokryphe Aktivitäten während dieser kritischen Phase vom Juni bis Mitte November 1940, dem Zeitpunkt der Eingabe, noch kaum untersucht sind, machten sich zu Sprachrohren der nationalsozialistischen Kontinentaleuropa-Propaganda. Unter dem Hinweis auf die positiven «Aufbauleistungen» des Dritten Reiches plädierten sie für eine «Anpassung an die heutigen Macht-

22 Eugen Böhler, *Binnenwirtschaft und Exportwirtschaft*, Hg. Zentralstelle für das schweizerische Ursprungszeichen, 1941, S. 6.

23 Eugen Böhler, *Zur Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Aarau 1942, S. 16.

24 Edgar Bonjour, *Geschichte der schweizerischen Neutralität*, Bd. V, Basel 1971, S. 248/49.

25 Edgar Bonjour, *do.*, S. 248.

verhältnisse».²⁶ Ein formeller «Anschluss» der Schweiz an Deutschland stand aber auch von dieser Seite nicht zur Diskussion.

Dies hing damit zusammen, dass unter der Bedingung fortdauernder Wirtschaftskriegsführung die Optimierung des ökonomischen Nutzens, den Deutschland aus dem neutralen Kleinstaat ziehen konnte, durch einen formellen politischen Anschluss oder durch eine militärische Okkupation in Frage gestellt worden wäre – nicht nur durch die Drohung, im Falle eines deutschen Angriffs vorsätzlich Alpentunnels und Fabrikationsanlagen zu zerstören (entsprechende Vorkehrungen wurden allerdings erst relativ spät, lückenhaft und zaghaft an die Hand genommen), sondern auch durch die Gefährdung unverzichtbarer Rahmenbedingungen einer wirksamen Kooperation. Denn die Schweiz konnte nur dann als Finanzplatz der Achsenmächte auftreten und kriegswichtige Dienste anbieten, wenn Reputation und freie Konvertibilität ihrer nationalen Währung intakt blieben. Dieser Sachverhalt zeigt auch, warum die Pläne für eine «Europa-Währung», für die sich einige Anpasser stark machten, den Integrationsinteressen des finanziellen Sektors zuwiderliefen und deshalb ohne Resonanz blieben.

Dies ist jedoch nicht der springende Punkt. Dieser besteht vielmehr darin, dass die Forderung nach Partizipation gewissermassen einen Umweg über die schweizerische Innenpolitik machen musste. Die erfolgreiche helvetische Integrationspraxis hatte Partizipation in der Vergangenheit nicht nur tendenziell überflüssig gemacht, sondern versetzte das politische System auch ausserstande, einen solchen Weg kurzfristig und unvermittelt einzuschlagen. Aufgrund ihrer inneren soziokulturellen und politisch-institutionellen Verfassung wäre die Schweiz gar nicht anschlussfähig gewesen. Forderungen wie jene nach einer Demobilmachung der Schweizer Armee und einer umgehenden «inneren Erneuerung» standen daher im Dienst einer Politik, welche der Schweiz ein neues System zu verpassen gedachte mit dem Ziel, auf diese Weise einer langfristigen politischen – und vielleicht auch militärischen – Partizipation am Neuen Europa das Terrain zu ebnet. Die altbewährte eidgenössisch Taktik des «Temporierens»,²⁷ welche bisher dazu diente, die Schweiz vor Partizipationszumutungen durch systematisches Zuspätkommen nach Möglichkeit zu verschonen, wurde von dieser Seite also durch eine Strategie der forcierten «Nachrüstung» von Innenpolitik und Ideologie ersetzt. Auf diese Weise sollten

26 Wilhelm Frick in einem Schreiben an Pilet-Golaz vom 21. Sept. 1940, in: M. Herren, P. Hug u. a., *Zeitgeschichte im Würgegriff der Geschichte*, Bern 1988 (unveröffentlichte Prozessdokumentation) S. 59.

27 Edgar Bonjour, *Geschichte ...* Bd. V, S. 249.

in der Zukunft Bedingungen geschaffen werden, welche eine aktive aussenpolitische Zusammenarbeit gewährleisten könnten. Die Beschwörung der «nationalen Unabhängigkeit» sollte gerade diesen Anpassungsprozess befördern: das Argument, jene, welche Deutschland kritisieren würden den mächtigen Nachbarn nur herausfordern, war geeignet, den Druck auf die demokratischen Strukturen, auf die Menschen- und Bürgerrechte zu verstärken.

Da die Lebensdauer des Dritten Reiches verhältnismässig kurz war und da zu keinem Zeitpunkt eine Situation eintrat, in der eindeutiges «Farbe bekennen» unabdingbar geworden wäre, konnte sich diese Politik der Erneuerung nach innen und der Anpassung gegen aussen gar nie voll entfalten – die Taktik des Temporierens funktionierte faktisch! Unter Verweis auf ihre Unabhängigkeitsrhetorik reklamierten dann nach dem Krieg auch die Unterzeichner der Eingabe der 200 – die sich als hochkarätiger «harter Kern» der Anpasser auch stellvertretend für andere ähnlich gelagerte Richtungen öffentlichen und privaten Sanktionen ausgesetzt sahen – eine «vaterländische» und patriotische Haltung für sich.

4. Die Schweiz und die Europäische Gemeinschaft.

Mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes verschwand auch das monströse Projekt eines «Neuen Europa» auf rassistischer Grundlage. Damit war der Weg frei für ein anderes Europa-Projekt, das auf einer «Solidarität der Besiegten»²⁸ aufbaute. Der Historiker Charles Bloch bezeichnet damit die Tatsache, dass Frankreich und Deutschland innerhalb einer Zeitspanne von 4 Jahren denselben Krieg verloren und aus dieser Doppelniederlage einen neuen Interessenparallelismus entwickelten. Konkret ging es um die «europäisch» legitimierte Kontrolle der strategisch wichtigen Schwerindustrie der BRD im Rahmen einer deutsch-französischen Verständigungslösung (Gründung der Montanunion im Jahre 1951). In ostentativer Absetzung zur Gewaltpolitik des Dritten Reiches besannen sich die Promotoren der neuen Europa-Idee auch erneut auf die alten Leitbilder eines emanzipatorischen, universellen Prinzipien verpflichteten europäischen «Befreiungsnationalismus», welcher nun «Europa» über die ökonomische Integrationslogik hinaus wiederum als Friedenskonzept gegen den kriegerisch-expansiven Nationalismus verstand.

28 Charles Bloch, *Le IIIe Reich et le monde*, Paris 1986, S. 514.

Diese innereuropäischen Faktoren und Motive dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass diesmal der Anstoss auch politisch von aussen kam. Europa hatte seine weltweite Führungsrolle nach 1945 definitiv eingebüsst. Es waren aussereuropäische Mächte, welche den Faschismus militärisch niederkämpften. Mit dem Auseinanderbrechen der Kriegsallianz setzte der Kalte Krieg zwischen den USA und der UdSSR ein. Am 12. März 1947 wurde die Truman-Doktrin und – darauf basierend – die Containment-Strategie proklamiert; am 5. Juni folgte die Lancierung des Marshallplanes, aus dem das Committee on European Economic Cooperation (CEEC, später OECD) hervorging. Mit der Gründung der NATO im Jahre 1949 und dann mit dem BRD-Wiederbewaffnungsentscheid und der Gründung des Warschauer-Paktes im Jahre 1955 lief nun eine militärische Frontlinie mitten durch den europäischen Kontinent. Als 1957 mit den Römer Verträgen (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Atomgemeinschaft) der Grundstein für die Europäische Gemeinschaft gelegt wurde, blieb dieser neue Anlauf zu einer Einigung zum vornherein auf das in die US-amerikanische Interessensphäre eingebundene Westeuropa beschränkt – und er wäre ohne die Spaltung Deutschlands und des europäischen Kontinents auf diese Weise auch gar nicht zustande gekommen.

Der Schweiz ging es nach 1945 zunächst um die Wiederherstellung jener Voraussetzungen, innerhalb derer sie erfolgreich eine Politik der «Integration ohne Partizipation» verfolgen konnte. Dies setzte ein Arrangement mit der neuen westlichen Hegemonialmacht USA voraus und erforderte paradoxerweise einige partizipative Konzessionen, die jedoch entweder diskret, ohne Thematisierung aussenpolitischer Konsequenzen oder dann aber mit Neutralitätspolitischen Vorbehalten gemacht wurden. Die helvetisch-amerikanische Verständigung setzten mit der Currie-Mission vom Februar 1945 und dem Abkommen von Washington 1946 ein. 1948 beteiligte sich die Schweiz am Marshall-Plan und wurde – unter ausdrücklicher Achtung ihres neutralen Status – Mitglied der CEEC. 1950 trat sie der neugegründeten und vor allem handelspolitisch motivierten CEEC-Suborganisation «Europäischen Zahlungsunion» bei. Mit dem Hotz-Linder-Agreement von 1951 unterwarf sich die Schweiz faktisch der Embargopolitik, welche die NATO im Rahmen ihrer indirekten Wirtschaftskriegsführung gegen den Ostblock durchführte; ein Entscheid, der als klarer Verstoss gegen die Neutralitätspolitik zu werten ist.²⁹

29 Diese Aussage ist nicht unbestritten. Vgl. André Schaller, Schweizer Neutralität im Ost-West-Handel, Bern 1987.

Der Anteil des Handels mit Osteuropa wich in der Folge signifikant vom «Courant normal» ab.

*Verschiebungen im schweizerischen Aussenhandel mit Osteuropa
(%-Anteile am Total).³⁰*

Jahr	1950	1960	1970	1980
Import	4,5	1,9	2,1	3,9
Export	6,3	3,0	4,1	3,6

Nach diesen integrationsfördernden Partizipationsvorleistungen übte sich die Schweiz wiederum im Abseitsstehen. Obwohl ihre Aussenpolitik mit weiteren dynamischen Grundsätzen (Disponibilität, Universalität, Solidarität) angereichert wurde, blieb sie nun den wichtigsten internationalen Organisationen – namentlich der UNO und den Institutionen von Bretton Woods – fern. Auch bei den europäischen Organisationen, die für die Schweiz «eine ungleich grössere Bedeutung als die (...) universellen Institutionen»³¹ aufwiesen, gewannen neutralitätspolitisch begründete Widerstände die Oberhand. Im Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft von 1959 vermerkte Heinz Allenspach zwar, dass die Schweiz je rund drei Viertel ihrer Kohlen-, Eisen- und Stahlimporte aus den Ländern der Montanunion beziehe, wodurch sich, vor allem in «Zeiten des Mangels (...) gewisse Gefahren für die schweizerische Wirtschaft» ergeben könnten. «Trotzdem wurde aber ein Beitritt der schweizerischen Neutralität wegen nicht in Frage gezogen.»³² Eine Mitgliedschaft bei der ökonomisch determinierten, nicht genuin politisch konzipierten EFTA (ab 1961) war hingegen mit der schweizerischen Haltung vereinbar; erst als klar wurde, dass die politischen Pläne des Europarates gute Vorsätze blieben, konnte sich die Eigenossenschaft 1963 auch hier zu einem Eintritt aufrufen. Gleichzeitig profitierte sie mit ihrer export- und auslandproduktionsabhängigen Volkswirtschaft überdurchschnittlich von der neuen «Pax Americana» mit dem Resultat einer sich öffnenden Kluft zwischen Volkswirtschaft und Grossunternehmen. Für die nationale Ökonomie lassen sich, was die Beschäftigungsstruktur, das Wachstum des Prokopfeinkommens und die Arbeitsproduktivität

30 Stat. Jahrbücher der Schweiz. Vgl. auch: Benedikt von Tscherner, *Aussenwirtschaft und Aussenwirtschaftspolitik der Schweiz*, Zürich 1984, S. 28.

31 Heinz Allenspach in: *Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft*, Bern 1959, Bd. I, S. 679.

32 Do., S. 680.

betrifft, im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittliche Veränderungen resp. Entwicklungen feststellen. Bei den Expansionsraten der weltweit operierenden Schweizer Multis hingegen ist es gerade umgekehrt.³³ Dass die Exporte in die EG zwischen 1960 und 1980 von 41% auf 50% stiegen, ist primär dem EG-«Territorialbildungsprozess», der Zunahme der Mitgliedländer, geschuldet. Die Gesamtexportquote nach Europa verblieb demgegenüber etwa konstant bei zwei Dritteln. Die grossen Konzerne setzten immer weniger auf Export und immer stärker auf Direktinvestitionen. Seit der ökonomischen Strukturkrise 1974/75, welche das Ende des Währungssystems von Bretton Woods besiegelte und eine bis heute anhaltende weltwirtschaftliche Umbruchphase einleitete, werden die klassischen Direktinvestitionen mehr und mehr durch «Neue Investitionsformen» (Joint Ventures, Lizenzabkommen, Subcontracting) ersetzt. Für die helvetischen Unternehmungen, welche gerade in diesen Bereichen eine rege, zum Teil auch pionierhafte Aktivität entwickelten, war damit ein qualitativ neuer Integrationsschub in den Raum der EG verbunden. Diese faktische Präsenz in Westeuropa entschärfte zusammen mit der Tatsache, dass die Handelsbilanz der Schweiz mit der EG stark negativ ist, dass die Schweiz mithin einen Absatzmarkt darstellt, die formelle Beitrittsfrage – im Gegensatz etwa zu Österreich, wo wirtschaftliche Integrationshindernisse dazu geführt haben, dass nun mit einem formellen Beitrittsgesuch der Ausweg über die Partizipation gesucht wird.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob das beschriebene historische Modell einer Integration ohne Partizipation, die Kombination von ökonomisch-kommunikativer Assoziation und politisch-militärischer Dissoziation nicht bereits der Vergangenheit angehört. Wäre dies der Fall, dann müsste in naher Zukunft nach demokratischen Formen einer politischen Partizipation der Schweiz an suprastaatlichen Organisationen und Institutionen gesucht werden – um zu verhindern, dass eine solche in autoritärer Weise von mächtigen, jedoch partikularen Interessen beherrscht und gestaltet werden kann.

33 Silvio Borner/Felix Wehrle, *Die sechste Schweiz*, Zürich 1984.